

Miteinander

N° 3

*Sehr geehrte Leserin,
sehr geehrter Leser!*

Endlich wieder alles normal! Weihnachtsmärkte, Glühwein und Lebkuchen. Lichterglanz überall. Nach zwei Wintern in lock down geht ein Aufatmen durch die Bevölkerung. An die Stelle eines Virus ist ein anhaltender Krieg vor unserer Haustüre mit deutscher Beteiligung getreten, ein Szenario, von dem wir glaubten, es nie wieder erleben zu müssen. Statt Friedensverhandlungen zu führen wird weiter Krieg geschürt und die Waffenproduktion intensiviert.

Im Stillen geschehen Dinge, die unser zukünftiges Leben verändern werden: Eine nie dagewesene Staatsverschuldung zu Lasten folgender Generationen, die geplante Bargeldabschaffung, Reisen nur noch mit Impfpass, Verschärfung von Gesetzen, Einschränkung der Meinungsfreiheit. Wer gebietet diesen Entwicklungen Einhalt?

Auch in dieser Ausgabe möchten wir Themen aufnehmen, die unseres Erachtens nach in den Mainstream Medien zu kurz kommen. Wir möchten keine Meinungen verbreiten, sondern unsere Leser dazu anregen, sich umfassend zu informieren.

Und wenn Sie zum Schluß kommen, dass Sie in dieser neuen Welt nicht leben wollen, dann zeigen Sie ihren Protest und kommen mit uns auf die Straße! Denn wir sind das Volk.

Eleonore Büschges

VERGEBUNG - HEILUNG VON GEWALT, EIN WEG ZUM FRIEDEN!



Advent: Die Tage werden kürzer, bis zur weihnachtlichen Sonnenwende, dann feiern wir die Wiedergeburt des Lichts. Es ist Zeit für Besinnung und Überdenken des Vergangenen. Nach fast drei Jahren des Ausnahmezustands scheint alles wieder in ein altes Normal zu finden. Doch ist das wirklich so?

In einem Umfeld der Notverordnungen und Unsicherheiten sind Familienbande zerrissen, Freundschaften zerbrochen, den Kindern und den Alten, auch den Kranken geschah großes Leid. Tiefe neue Risse ziehen sich durch die Gesellschaft, es wurden Menschen beschimpft, erniedrigt, ausgegrenzt, belogen und erpresst und das Grundgesetz geschliffen. Ängste wurden erzeugt und tief in die Seelen gebrannt.

Schon im Frühjahr 2020 sagte der ehemalige Gesundheitsminister und Pharmalobbyist Jens Spahn den merkwürdigen Satz: „Wir werden einander viel verzeihen müssen“. Jetzt stellt er kurz vor Weihnachten sein Buch mit eben diesem Titel vor und gibt in einem Interview Anweisung an diejenigen, die verzeihen sollen, wie dies zu geschehen habe.

Mir drängt sich die Frage auf: „Was muss der Mann mir wohl verzeihen, das ich ihm angetan habe?“ Eine Falle: Ich gebe Widerstand - und füttere so doch nur das, wogegen ich Widerstand leiste. Dennoch: Schwamm drüber? Oft höre ich: „Vergeben heißt ja nicht vergessen!“ Können wir verzeihen, wenn Macht missbraucht und den Menschen Leid und Gewalt angetan wurde, und manche deswegen sogar starben?

Fortsetzung Seite 2

Wesentlich im Prozess des Verzeihens ist es, zuerst einmal mit dem Erkennen der eigenen Verfehlungen zu beginnen und zu verstehen, dass dadurch andere Menschen möglicherweise leiden mussten und zu Schaden kamen. Anschließend braucht es so etwas wie Reue oder zumindest Betroffenheit über das Geschehene, welche für die anderen dann auch sichtbar sein sollten. Dies ist bei dem erwähnten Beispiel bisher nicht zu erkennen gewesen.

Sehr passend hierzu weist der Lehrer Eckhart Tolle („Leben im Jetzt“) auf einige wichtige Umstände hin: Machtmissbrauch und die Ausübung von Gewalt gegen andere ist immer eine Folge des unbewusst-Seins der Handelnden, ganz im Sinne des Satzes, den Jesus von Nazareth angesichts des nahenden Todes am Kreuz sagte: „Vater, vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun.“

Mit diesem Schritt der Vergebung kann zugleich der entscheidende Schritt aus dem teuflischen Kreislauf, aus der Spirale der Gewalt vollbracht werden.

Die Ursprünge des hawaianischen Vergebungsrituals namens Ho'oponopono, welches uns heute wundervolle Hilfe geben kann, liegen nach alten Überlieferungen schon vor über 5000 Jahren.

Damals fanden wohl Austausch und Verarbeiten von Geschehnissen und Erlebnissen des Tages bei Gesprächen im Familienkreis statt. „Aus diesen Zusammenkünften, bei denen einerseits die Konflikte zwischen Clan-Mitgliedern geheilt und andererseits das MITEINANDER gestärkt wurden, entwickelte sich über die Jahrhunderte hinweg ein Ritual, das man irgendwann Ho'oponopono: „die Dinge wieder richtig stellen“¹ nannte.“

Diese Methode im Angehörigenkreis ist ähnlich einer Familientherapie, mit der Fehlverhalten zum Wohle aller korrigiert wird, wie die hawaiianische Älteste Mary Kawena Pukui (1895-1986) in den 1950er Jahren beschrieb.

Nach gemeinsamem Beten und der Verbindung mit den Ahnen, findet eine Diskussionsphase statt.

Anschließend bitten alle, Täter, Opfer und auch Zuschauer um Vergebung, wobei das einleitende Erkennen wesentlich ist, dass ich Teil des Leids bin:




¹Quelle: Ulrich Emil Duprée, Ho'oponopono, Das hawaiianische Vergebungsritual, Schirner Verlag

Abschließend, in der Kahana (Freiheit) genannten Phase werden alle Anteile an Wut, Ärger und Missstimmungen für immer gelöscht. Der Vorgang wird sehr trefflich auch „das Licht wieder anzünden“ genannt. Zuletzt sagt man Aloha: „Ich sehe und respektiere das Göttliche in dir.“

Das ist ein Weg, den auch wir in unserer tief gespaltenen Gesellschaft, in der so viele Verletzungen zu heilen sind, gehen können, um wieder zu einem besseren Verständnis und Miteinander zu kommen.

Die Veränderung beginnt im Kleinen, in der Familie und dem eigenen Umfeld. Lassen Sie uns die Zeit des Advents nutzen, einen Schritt in Richtung der Heilung zu gehen.

Aloha.

 Martin Hilbert



STROMAUSFALL - JA BITTE!?

Kommt er oder kommt er nicht?
Die „Experten“ widersprechen sich.

Sollte er tatsächlich kommen,
treffen wir uns täglich um 12h und 18h
vor dem Fass zum Austausch und zur
gegenseitigen Unterstützung.


 Redaktion



OH DU FRÖHLICHE, OH DU SELIGE AUCH IM AHRTAL?

Die Politiker bleiben weiter untätig und haben außer gut gemeinten Worten nichts für unsere Mitbürger im Ahrtal übrig. Unsere Steuergelder fließen sprudelnd in andere Länder.

Da eineinhalb Jahre nach der verheerenden Flutwelle für viele Familien Weihnachten im heimischen Wohnzimmer noch immer nicht möglich ist, möchten wir auch dieses Jahr wieder einige Herzenswünsche zu Weihnachten erfüllen, um zu zeigen, dass wir die Menschen im Ahrtal nicht vergessen haben.

Wunschzettel mit Wünschen für Baummarkt Gutscheine, Lebensmittel Gutscheine, Spielzeug für die Kinder sind bereits bei mir eingegangen. Wer selber keinen Kontakt zu den betroffenen Familien aufnehmen möchte oder kann, kann sich gerne an die Redaktion wenden. 

Patricia Fabrice



ERÖFFNUNG DES REGIONALMUSEUMS — RHEIN-NECKAR AUF DEM WERKSGELÄNDE — DER EHEMALIGEN BASF LUDWIGSHAFEN



Ludwigshafen, 24. Februar 2036

Ministerpräsidentin Benisha Kumari (Bündnis 90/„Die Grün*innen“) eröffnet das einzigartige BASF Industriemuseum in Ludwigshafen. Die Dauerausstellung, nach dem Vorbild der ehemaligen Zeche Zollverein in Essen, widmet sich der faszinierenden Geschichte der ehemals größten Chemiefabrik der Welt - von der Gründung 1865 in Mannheim als Aktiengesellschaft „Badische Anilin- & Sodafabrik“ (BASF) bis hin zum Rückbau und Export der Anlagen in den Jahren 2026-2034 und dem damit ausgelösten, schmerzlichen und noch anhaltenden Strukturwandel der Region Rhein-Neckar.

Zur Besichtigung erhalten blieb die 2015 in Betrieb genommene komplette TDI-Anlage, welche einen wichtigen Ausgangsstoff für Polyurethan (Polster, Autositze, Matratzen) produzierte, der heute aus China importiert werden muss...

Undenkbar? Unfassbar? Science-Fiction? ... Mitnichten!

BASF ist mit 39.000 Mitarbeitern größter Arbeitgeber der Region Rhein-Neckar und mit zehn Quadratkilometern das größte Chemie-Areal der Welt im Alleinbesitz. Als Produzent von chemischen Grundstoffen ist BASF systemrelevant für deutsche produzierende Unternehmen.

Jedoch legte die BASF-Führung wegen schwieriger Rahmenbedingungen in Europa ein Sparprogramm auf, um die jährlichen Kosten um 500 Millionen Euro zu senken. Mehr als die Hälfte der Einsparungen will der Vorstand hierbei am Standort Ludwigshafen realisieren. Konzernvorstand Bruder Müller begründet dies vor allem mit den insbesondere in Europa gestiegenen Energiekosten: in den ersten drei Quartalen musste BASF 2,2 Milliarden Euro mehr für Erdgas ausgeben. Hierdurch rechnet BASF SE (Ludwigshafen) für 2022 mit einem Verlust in dreistelliger Millionenhöhe.

So hat BASF verlauten lassen, dass ihre europäischen Standorte wegen der dreifachen Belastung aus schleppendem Wachstum, hohen Energiekosten und Überregulierung auf ein „dauerhaft“ geringes Maß reduziert werden müssen.

Was bedeutet das? Ab 2025, wenn der Standortsicherungsvertrag für BASF Ludwigshafen ausläuft, ist mit betriebsbedingten Kündigungen zu rechnen und einem

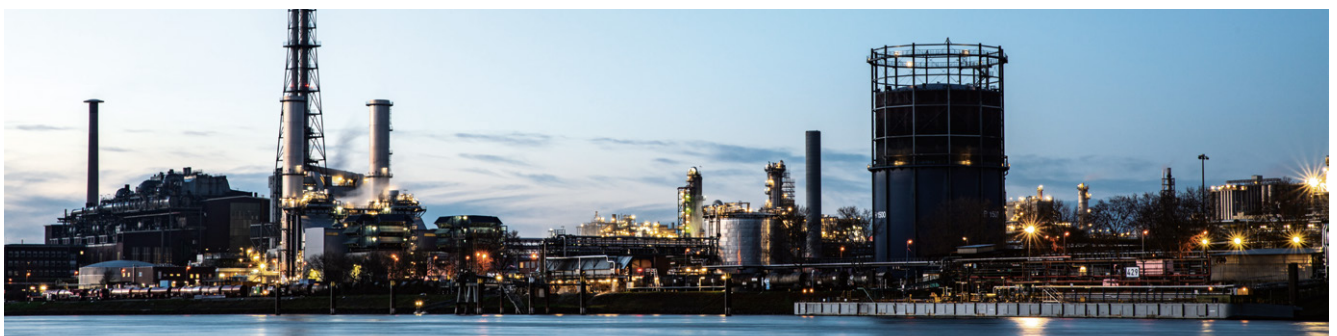
weiteren Rückbau der Produktionskapazitäten für energieintensive Produktionsbereiche. Langfristig ist eine Verlagerung in Länder mit besseren Standortbedingungen, wie z.B. China geplant.

Im September eröffnete BASF im südchinesischen Zhanjiang die erste Anlage der geplanten Megafabrik, welche jährlich 60.000 Tonnen technischer Kunststoffverbindungen produziert. Bis Ende des Jahrzehnts plant das Ludwigshafener Unternehmen, 10 Milliarden Euro in Zhanjiang zu investieren!

Aber was bedeutet dies für den Standort Ludwigshafen? Nicht nur langfristig den potentiellen Verlust von 39.000 BASF-Arbeitsplätzen, sondern auch die der Lieferanten und Dienstleister in der Region. Der folgende enorme Kaufkraftverlust wird die gesamte Region hart treffen: der ohnehin gebeutelte Einzelhandel wird ebenso kollabieren wie die Gastronomie. Eine Verelendung der Rhein-Neckar Region zur Armutsmetropole trifft auch die Pfalz: Wer kauft unseren Wein, besucht unsere Weinfeste, genießt Pfälzer Gastfreundlichkeit und Gastronomie?

Die hausgemachte Energiekrise als Folge der Sanktionspolitik gegen Russland wird uns in den Ruin treiben. USA und China sind hierbei die Gewinner. Sicherlich ist der russische Angriffskrieg scharf zu verurteilen, jedoch allzu bereitwillig und naiv wehen hierzulande die Fahnen der Ukraine. Einem Land, das nach dem Korruptionsindex von Transparency International den Platz 122 von 180 belegt. Ein Land, mit einem Präsidenten Selenskyj, der nach Amnesty International „kein Interesse hat, rechtsextreme Angriffe auf Roma und zivilgesellschaftliche Akteure stärker zu verfolgen als sein Vorgänger.“ Ein Präsident, der mit „Fake-News“ über russische Raketenangriffe auf polnisches Gebiet den Bündnisfall der Nato auszulösen suchte! Und eine deutsche Politik, die den Pfad der Eskalation durch Waffenlieferungen beschritten hat, anstatt diplomatisch zu befrieden. Dieser sinnlose Krieg kostet zahllose Leben von Russen und Ukrainern - Deutschland nichts weniger als unseren hart erarbeiteten Wohlstand und die Zukunft unserer Kinder. 

Jens Jahnke





— BARGELDLOS GLÜCKLICH? —



Der Bundesfinanzminister verkündet, bald würden wir mit digitalem Bargeld umgehen – ein Widerspruch in zwei Worten: Bargeld sind immer Münzen und Scheine, sind nie digital.

Der Gebrauch digitaler Zahlungsmittel steigt ständig. Und das geschieht nicht freiwillig: neulich musste ich zum Begleichen eines Kaffees für 2,50 Euro im Flugzeug die Kreditkarte zücken, denn Barzahlungen sind dort nicht erlaubt.

Was Barzahlung auch bedeutet:

Ich zahle 50 Euro im Restaurant, der Restaurantbesitzer zahlt damit den Salat, der Gemüsehändler zahlt damit den Frisör und so weiter... Nach ungezählten Zahlvorgängen sind immer noch 50 Euro im Umlauf.

Ich zahle mit Karte:

Für jede Transaktion werden Gebühren fällig, zum Beispiel 30 cent. Nach 100 Transaktionen sind noch 20 Euro übrig, die restlichen 30 Euro sind an die Banken etc. geflossen.

Die Befürworter des digitalen Euros glauben, dass wir Münzen und Scheine aus Gründen der Hygiene, der Sicherheit und der Einfachheit nicht mehr brauchen. Sie versprechen sich geringere Kosten sowie Vorteile mit einer verbesserten Möglichkeit zu Bekämpfung von Geldwäsche und Steuerhinterziehung. Die diesbezüglichen Aktivitäten sind derzeit nicht ausgeprägt, wieso sollte es dann anders werden? Und: Cyberkriminelle sind findig und werden schon bald neue Wege finden, Betrug und Kriminalität zu begehen.

Da mit Bargeld fast alles möglich ist, setzt eine Mehrheit der Deutschen Münzen und Scheine gleich mit Freiheit. Denn niemand schaut uns in die Einkaufstüte oder unters Kopfkissen. Die Sorge, ohne Bares zum gläsernen Verbraucher zu werden, ist für mich gut nachvollziehbar. Kennen Sie die europäische Verordnung eIDAS? Diese wurde bereits 2014 rechtskräftig und enthält verbindliche, europaweit geltende Regelungen zur Einführung der digitalen Brieftasche, die uns auch auf der Seite www.vorausschau.de „Orientierung für die Welt von


morgen“, vom BMBF erklärt wird.

Am 15.07.2021 verkündete die deutsche Bundesbank den Projektstart zum digitalen Euro, mit einer Probe – und Versuchszeit von zwei Jahren. Danach könnte es für alle Bargeldliebhaber eng werden. Was passieren wird, wenn man sich nicht daran hält, ist auch schon gesetzlich geregelt: die europäische Kommission hat im „Gesetz über digitale Dienste und Märkte“ (DMA) beschlossen: „Bei systematischen Verstößen gegen das Gesetz können zusätzliche Abhilfemaßnahmen auferlegt werden. Geldbußen von bis zu 10 % des weiteren Gesamtumsatzes des Unternehmens bzw. bis zu 20 % bei wiederholter Zuwiderhandlung. Zwangsgelder von bis zu 5 % des durchschnittlichen Tagesumsatzes.“

Dieses Gesetz ist am 1. November 2022 in Kraft getreten und gilt ab dem 2. Mai 2023.

Neben der Transparenz durch ausschließliche digitale Bezahlungsmöglichkeiten gibt es noch einen anderen Grund dagegen: Unliebsamen Zeitgenossen wird einfach das Konto gesperrt. Kommt bei uns doch nicht vor? Leider doch, dies ist ungezählten Kritikern in den letzten Jahren geschehen.

Und was, wenn dann auch nach chinesischem Vorbild bei uns ein Sozialpunktesystem eingeführt wird? Noch einmal aus www.vorausschau.de: „Ein Punktesystem als zentrales politisches Steuerungsinstrument bestimmt das Deutschland der 2030er-Jahre. Trotz freiwilliger Basis und demokratischer Spielregeln erzeugt es sozialen Druck zur Teilnahme.“ „Für bestimmte Verhaltensweisen können im Punktesystem, das vom Staat betrieben wird, Punkte gesammelt werden (z.B. Ehrenamt, die Pflege Angehöriger, Organspenden, Altersvorsorge, Verkehrsverhalten, CO₂-Abdruck). Neben der sozialen Anerkennung ergeben sich durch das Punktesammeln auch Vorteile im Alltag (z.B. verkürzte Wartezeiten für bestimmte Studiengänge).“ Und wer nicht genug Punkte hat, dem sperrt man das Konto...

Um die Abschaffung des Bargeldes zu verhindern gibt es zwei simple und wichtige Schritte: Nutzen Sie, wann immer es geht, Barzahlungsmittel und verlieren Sie den Wert des Bargelds nicht aus den Augen. Die augenscheinliche, beworbene Bequemlichkeit wiegt den Verlust Ihrer Freiheit am Ende nicht auf. 

Irmtraud Bärmann

ÜBERSTERBLICHKEIT KORRELATION ODER KAUSALITÄT?

Seit Mitte 2021 ist in Deutschland eine Übersterblichkeit zu beobachten. Das bedeutet, es sterben mehr Menschen als statistisch zu erwarten wären. In Deutschland starben bis einschließlich 2020 monatlich etwa 75 000 Menschen, 2500 pro Tag.


Wie sieht es jetzt aus?

Die Sonderauswertung von destatis (www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Sterbefaelle-Lebenserwartung/sterbefallzahlen.html) zur Übersterblichkeit bei den 10- bis 59-Jährigen zeigt das Folgende:

Dezember 2021:	+25 % ,	Juni:	+9 % ,
Januar 2022:	+5 % ,	Juli:	+12 % ,
Februar:	+1 % ,	August:	+11 % ,
März:	+8 % ,	September:	+10 % ,
April:	+7 % ,	Oktober:	+19 % ,
Mai:	+8 % ,	November:	+7 % .

Die Übersterblichkeit bei den **über 60-Jährigen** betrug bis zu **38 %**.

Wir haben Informationen zu dem Thema dazu gesammelt, die Sie auf unserem Blog finden:

www.miteinander-duew.de/blog 

Redaktion



WEISSE FOLTER - OBERFLÄCHLICH NICHT SICHTBAR, DOCH ALLGEGENWÄRTIG!



Die „Weiße Folter“ wird auch als Gehirnwäsche und im Englischen als „mind control“ bezeichnet. Sie hinterlässt vordergründig keine sichtbaren körperlichen Spuren, führt aber dazu, dass den Opfern effektiv der eigene Wille und die Fähigkeit zum Widerstand gebrochen werden kann.

Nachdem die US-Regierung im Anschluss an die Ereignisse vom 11. September 2001 den „Krieg gegen den Terror“ ausgerufen hatte, wurden im rechtsfreien Raum des Gefangenenlagers Guantanamo, einer US-amerikanischen Militärbasis auf der karibischen Insel Kuba, die Methoden dieser Folter von Vernehmungsbeamten angewandt. Diese Inquisitoren waren vorher in einem Ausbildungskurs trainiert worden, der auf dem „Diagramm des Zwangs“ von Biderman basierte. Daraus ist eine Form der Folter allgemein bekannt, welche Waterboarding genannt wird. Mittels dieser Foltermethode wird das Opfer dem Gefühl des Erstickens ausgesetzt.

Zu der Frage, warum amerikanische Kriegsgefangene in der Zeit des Koreakriegs mit den kommunistischen Kräften kooperierten, hatte der Sozialwissenschaftler Albert D. Biderman nach Untersuchung und Befragung der Soldaten im Jahre 1957 drei Hauptelemente zur Zwangskontrolle und somit Ziele dieser Art von Folter ermittelt: Abhängigkeit, Schwäche und Angst.

Er fasste seine Erkenntnisse in den folgenden acht Methoden zusammen:


- Isolation
- Monopolisierung der Wahrnehmung (Eliminieren jeglicher Reize von Außenher)
- induzierte Entkräftung und Erschöpfung
- Bedrohungen

- gelegentliche Ablenkungen und scheinbare Erleichterungen
- Demonstration von Allmacht und Allwissenheit
- Degradierung
- Durchsetzung trivialer Forderungen.

Laut Amnesty International sind in dies die „universellen Werkzeuge der Folter und Nötigung“. Mit dieser Abfolge kann auch der psychologische Missbrauch durch Personen beschrieben werden, welche häusliche Gewalt ausüben.

Wie im Kleinen, so im Großen: Bei näherer Betrachtung wird deutlich, dass diese unmenschlichen Techniken des Zwangs und der Folter inzwischen auch in gesellschaftlichem und sogar globalem Maßstab eingesetzt wurden, und dies geschah offensichtlich nicht zufällig.

Die Übung „Event 201“ im Oktober 2019 in New York bildet hier nur den letzten Schritt ab, der die sich kurz darauf entfaltende Krise quasi deckungsgleich vorzeichnet. Der Journalist und Publizist Paul Schreyer arbeitete zu diesem Themenkomplex und schreibt in seinem Buch „Chronik einer angekündigten Krise - Wie ein Virus die Welt verändern konnte“ von sehr hochrangigen Teilnehmern aus der Wirtschaft und der Politik, welche tatsächlich eine fiktive Coronavirus-Pandemie durchspielten.

Diese Handlungsweisen und Abläufe wurden in den Jahren zuvor immer wieder geprobt, trainiert und weiterentwickelt, zunächst als „Pandemie-Notfallübungen“ in den USA, später international abgestimmt, um dann seit Anfang 2020 im ganz großen Maßstab in die Tat umgesetzt zu werden. 

Martin Hilbert



DIE NIE GEHALTENE RÜCKTRITTSERKLÄRUNG DES ROGER LEWENTZ

Vom Mittwoch, 12. Oktober 2022

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!

Hiermit erkläre ich, Roger Lewentz, geboren 1963 in Lahnstein, Innenminister von Rheinland Pfalz seit dem Jahr 2011, mit sofortiger Wirkung meinen Rücktritt von diesem Amt.

Des Weiteren stelle ich ab sofort mein Amt als Parteivorsitzender der Rheinland-Pfälzischen SPD zur Verfügung, und ich lege hiermit auch mein Landtagsmandat nieder.

Die Kette meiner Verfehlungen ist lang und reicht zurück zur Nürburgringpleite 2010 und dessen gescheiterter Privatfinanzierung, deren Aufklärung ich mit Winkelzügen verhinderte. Ebenso scheiterte die von mir initiierte und angepriesene Rettung des Flughafens Hahn 2016 durch chinesische Investoren. Auch dieses für den Steuerzahler kostspielige Debakel lag in meiner Verantwortung.

Mein größtes politisches und persönliches Versagen jedoch spielte sich in der Flutnacht vom 14. Juli 2021 ab. Bereits zwischen 22.15 und 22.45 Uhr konnten aus Polizeihubschraubern Aufnahmen der verheerenden Wassermassen gemacht werden, die die Orte Mayschoß, Altenahr und Schuld in einem nie gekannten Ausmaß überfluteten und sich Menschen in höchster Gefahr befanden. Es wäre Aufgabe des Lagezentrums des Innenministeriums mit mir als dem vorstehenden Innenminister gewesen, diese Videos vom Polizeipräsidium Einsatz, Logistik und Technik anzufordern und entsprechend dem Lagebild sofort schnellstmöglich zu handeln.

Ich, hätte Kraft meines Amtes die Leitmedien in ihrer Übertragung unterbrechen und eine Warnung der Bevölkerung veranlassen müssen. Vielleicht hätten Menschen im unteren Lauf der Ahr in Dernau, Bad Neuenahr und Sinzig noch erreicht und gerettet werden können.

Ungeachtet der Verfehlungen weiterer politischer Akteure übernehme ich die volle Verantwortung für das katastrophale Krisenmanagement in der Flutnacht und danach. Hiermit entschuldige ich, mich zutiefst bei den Angehörigen der Opfer und bei allen Menschen, denen Leid und Not durch mein Nicht-Handeln entstanden sind. Ich entschuldige mich bei allen Freiwilligen, Ehrenamtlichen und privaten Helfern, die sich in dieser Nacht im Stich gelassen gefühlt haben sowie bei den Beamten der Polizei, des Katastrophenschutzes und der koordinierenden Leitstellen. Mir ist inzwischen die seelische Notlage vieler dieser Menschen nach den schrecklichen Ereignissen bewusst, und ich blicke mit allergrößter Hochachtung auf ihren Einsatz in der Flutnacht.

Dem auf die Verfassung geschworenen Amtseid der gewissenhaften Erfüllung meiner Amtspflichten bin ich in

der Flutnacht einmal mehr nicht nachgekommen und bitte auch dafür um Entschuldigung.

Dem Leiter des Untersuchungsausschusses Ahr, Martin Haller, sowie den Mitgliedern des U-Ausschusses möchte ich für ihre bisherige, konsequente Aufklärung aller Vorgänge in der Flutnacht danken.


Hiermit entschuldige ich mich auch für die zögerliche und verspätete Herausgabe der beweislastigen Videos aus der Flutnacht aus meinem Ministerium und für meine unwahre und nicht transparente Darstellung im U-Ausschuss. Ich bitte den Ausschuss um vollständige Aufklärung. Mein Rücktritt hätte bereits zu einem viel früheren Zeitpunkt erfolgen müssen. Ich, Roger Lewentz, stehe jederzeit auch für die gerichtliche Aufklärung und Strafverfolgung meiner Person zur Verfügung.

Für die Überlebenden und Hinterbliebenen im Ahrtal werde ich mit sofortiger Wirkung sämtliche für mich nicht lebensnotwendigen Bezüge meiner verschiedensten Tätigkeiten zur Verfügung stellen und der Instandsetzung der Infrastruktur im Ahrtal widmen.

Ich werde die Stiftung ‚Wiederaufbau Ahrtal‘ ins Leben rufen und aktiv mit allen mir zur Verfügung stehenden Kräften mitwirken. Mein Übergangsgeld des Landes Rheinland Pfalz von rund 180.000 Euro für die nächsten 2 Jahre soll dabei als Startkapital der Stiftung dienen. Ihr Mitwirken an der Stiftung zugesagt haben bereits Jochen Pföhler, Anne Spiegel, Thomas Linnertz und Malu Dreyer.

Ausdrücklich entschuldigen möchte ich mich auch bei den sogenannten ‚Querdenkern‘. Deren beispiellose, spontane, schnelle Hilfsbereitschaft und Spendenbereitschaft für die Menschen im Ahrtal wurden auf meine Anweisung hin ausgebremst, verboten und mit Framing überzogen.

Ebenfalls in meiner Verantwortung steht der großangelegte Polizeieinsatz anlässlich des Neustädter Demokratiefestes. Die zahlreichen, friedlichen, in weiß gekleideten Menschen wurden von mir diffamiert, und ich habe ihnen fälschlicherweise die Instrumentalisierung der Veranstaltung unterstellt. Ihnen durch Polizeikräfte den Weg auf das Hambacher Schloß zu verweigern und jeglichen Dialog abzulehnen, war falsch, und ich bitte auch dafür um Entschuldigung.

Bitte glauben Sie mir meine aufrichtige Reue. Nicht der öffentliche Druck, sondern mein Schamgefühl, die gefühlte Schuld und Verantwortung, werden meinem Denken und Handeln eine neue Richtung geben. 

Diese Rede hat Herr Lewentz natürlich nicht gehalten. Dieser von Ingrid Schulze meisterlich formulierte Text ist das, was wir von einem reuigen Politiker erwarten.

— IN EIGENER SACHE —



Am 8.11.2022 wurde vor dem Verwaltungsgericht Neustadt (AZ 5K469/22NW) in meiner Klage gegen die Kreisverwaltung Bad Dürkheim entschieden. Die Vorgeschichte: Für die 29. Veranstaltung „Miteinander reden - gemeinsame Wege finden“ erging seitens der Kreisverwaltung wenige Stunden vor Beginn die Auflage, dass auch von der Maskenpflicht Befreite Masken tragen müssten. Diese Auflage habe ich zu Beginn verkündet und die Teilnehmer gebeten, entweder eine Maske aufzusetzen oder die Versammlungsfläche zu verlassen. Etwa 15 min nach Beginn wurde ich von der Polizei aufgefordert, die Rednerin von der Bühne zu entfernen, da man ihr ein Bußgeld auferlegen wolle, weil sie keine Maske trug. Auf meine Intervention, unsere Redner hätten noch nie eine Maske tragen müssen, wurde ich unfreundlich darauf hingewiesen, es sei doch völlig klar, dass auch Redner eine Maske tragen müssten. Daraufhin habe ich gegen 18:17 h die Versammlung für beendet erklärt. In der Folge musste ich ein erniedrigendes Gespräch über mich ergehen lassen. Schließlich wurde mir verboten, weiterhin Demonstrationen anzumelden. Die Begründung war entehrend, ich werde sie nicht in der Öffentlichkeit wiederholen. Gegen das Verbot habe ich Klage beim Verwaltungsgericht Neustadt / Weinstraße erhoben.


Das Gericht entschied wie folgt:

Die Auflagen - Maskenpflicht im Freien und die Maskenpflicht für Redner - waren nicht durch Gesetze und Verordnungen gedeckt und waren somit rechtswidrig. Das Gericht bemerkte, dass die damals gültige CoronaVO des

Landes eine AUSNAHME von der Maskenpflicht für Redner im Innenraum erlaubte und es von dort bis zur Verhängung einer Maskenpflicht im FREIEN ein weiter Weg sei...

Das gegen mich angeordnete Demonstrationsverbot war nicht angemessen, vielmehr hätte die Kreisverwaltung mildere Mittel anwenden müssen.

Die Kosten für das Verfahren trägt die Kreisverwaltung (also wir alle als Steuerzahler). Auch stellt das Gericht fest, dass ich keinerlei Verantwortung für das Geschehen nach der Beendigung der Versammlung hatte.

Der Spruch des Gerichts wurde in der Lokalpresse, die seinerzeit „umfassend“ berichtete, nicht kommuniziert. Obwohl ich unschuldig bin, bleibt mein Ruf beschädigt. 

Eleonore Büschges




— DAS LAUTE SCHWEIGEN DER MEHRHEIT - EIN ABSURDES THEATER IN ECHTZEIT —

Der § 130 StGB „Volksverhetzung“ wurde durch ein „Omnibusverfahren“ spät abends durch das Parlament verschärft. Omnibus (lat.: für alle) steht für die Bündelung thematisch verschiedener Gesetzesänderungen, die als Gesamtpaket beschlossen werden. Allein der Verdacht, jemand könnte planen, ein Kriegsverbrechen in Frage zu stellen, beispielsweise in der Vorbereitung zu einer Rede, erlaubt nun den Nachrichtendiensten, abzufragen und zu beobachten.

Anstatt eine angemessene Debatte im öffentlichen Raum anzuregen, werden die Menschen verhöhnt. In den Abgründen zwischen der Arroganz der Macht, und dem scheinbaren (!) Dilettantismus in der Umsetzung dieses Verfahrens werden Mechanismen der weißen Folter (siehe Seite 5) sichtbar, welche eine Form von Gewalt darstellt, die darauf abzielt, die Opfer gefügig zu machen.

Man stelle sich die Situation zur Zeit des Irakkriegs und der Nachrichten zu der später so genannten Brutkastenlüge vor: Die unter Tränen von einer jungen,

schauspielenden Frau vorgebrachte Geschichte von den Verbrechen an Babys stellte, wäre sie wahr, eindeutig ein Kriegsverbrechen dar. Eine solche Geschichte auch nur in Frage zu stellen, soll nun also bestraft werden?

Nein! Der Versuch, die im Grundgesetz garantierte Meinungsfreiheit so einzuschränken, ist inakzeptabel! Es wird endlich Zeit, aufzuwachen und hierzu klar Stellung zu beziehen, ansonsten droht uns, wovor Berthold Brecht warnte: „Die Bürger werden eines Tages nicht nur die Worte und Taten der Politiker zu bereuen haben, sondern auch das furchtbare Schweigen der Mehrheit.“  Martin Hilbert

*„Friede ist nur durch Freiheit,
Freiheit nur
durch Wahrheit möglich.“*

Karl Jaspers



SEI DU SELBST DIE VERÄNDERUNG, DIE DU DIR FÜR DIE WELT WÜNSCHST.



Was möchtest Du im Jahr 2023 persönlich zur Veränderung unserer Welt beitragen?

„Liebe - Das ist meine Vision für 2023, denn ich möchte einmal mehr, auch all denen, die mich hassten, mit leuchtender Liebe begegnen, sodass ihr Hass im Dunklen verstummen möge! *Max, 15*

Ich gönne anderen ihr Glück und ihren Erfolg, denn es ist genug für alle da.
Dora, 45

Mit mehr Liebe und Offenheit auf Menschen zugehen.
Rolf, 71

Ich respektiere den freien Willen eines jeden Menschen.
Bernd, 43

Ich werde mutiger, um klarer meine Grenzen zu ziehen. Zum Wohle Aller. Ich tue nur das, was sich für mich richtig anfühlt. *Charlotte, 33*

„Die Menschen annehmen ohne zu werten.“
Ein kleiner Satz, aber nicht so einfach umzusetzen. Viele Probleme würden nicht erst entstehen, wenn wir den Menschen urteilsfrei begegnen. *Angelika, 64*

Ich möchte noch bewußter mein Geld ausgeben und entscheiden, wen ich mit meinem Einkauf unterstütze.
Christian, 45

Ich entscheide mich bewusst für ein neues Miteinander, das in der Begegnung mit anderen durch Achtsamkeit, einen offenen Geist und Verstand geprägt ist.
Gabriele, 49

Ich werde das verbale Aufrüsten nicht mehr mitmachen und mein Leben und Wirken nach dem Motto „Mit dem Hut in der Hand kommst Du durchs ganze Land“ ausrichten. *Tom, 58*

Ich vertraue mir selbst und auch den anderen, dass jeder sein Bestmöglichstes gibt.
Nicole, 44

Ich denke nicht länger an die Vergangenheit und konzentriere mich stattdessen auf Gegenwart und Zukunft.
Irma, 57

Ich handele und denke noch mehr im Einklang und zum Wohle aller Wesen auf unserem Planeten. Die Erde ist unser gemeinsamer Lebensraum. *Thomas, 39*

Ich werde mutiger und schaue nicht mehr zu, wenn ich Unrecht geschehen sehe. *Susanne, 43*



„Wir alle wünschen Ihnen eine besinnliche Adventszeit und ein frohes Weihnachtsfest im Kreise Ihrer Lieben. Für das Jahr 2023 wünschen wir uns allen Frieden, Gesundheit und Wohlergehen.“



GANZ ZUM SCHLUSS

Unser Anliegen ist es, mit Ihnen, geschätzte Leserin und geschätzter Leser, in Kontakt zu kommen mit dem Ziel, eine breite Diskussion anzuregen. Über unsere Website oder unter der E-Mail: **reden@miteinander-duew.de** können Sie uns erreichen. Wir freuen uns über Anregungen, Angebote zur Mitarbeit, Kritik und Unterstützung.

Besuchen Sie auch gerne unsere Website: **www.miteinander-duew.de**. Dort finden Sie regelmäßig Informationen und neue interessante Artikel! Die Zeitung ist privat finanziert.